Pfund's Milch-Seife
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.
Dresden.

Dresdner Nachrichten

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
— F. Louis Beilich. —
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. Handarbeit.
Versandhaus für Material zur Selbstherstellung von Knüpfarbeiten nach altbewährten Methoden als Handarbeit für Damen.
Industrie-Ausstellung Leipzig: Gruppe 8, Nr. 78.

Leipold's
Radfahrhalle
Antonstr. 3
(dicht am Albertheater)
Unterricht
von früh 7 Uhr bis
Abends 9 Uhr.

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Reine alte Kornbranntweine
(Spezialität).
ff. alter 1860er Korn
in Originalflaschen.
Dresdner Presshefen- und Kornspiritus-Fabrik
sonst J. L. Bramsch,
Friedrichstrasse 52, Wilsdruffer Strasse 35.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Strand-Hüte
Reise-Hüte in neuesten Modellen
empfiehlt das Putz- und Modewaarenhaus
C. Heinrich Barthel, Waisenhausstr. 30.
Eigenes Fabrikat. * Fernsprecher 2290.

Regenschirme in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 196. Spiegel: Ebenbürtigkeit und Monarchie. Hofnachrichten, Kreisturnfest, Landtagswahlen, Stadtverordnetensitzung, Bezirksausschuß, Gerichtsverhandlungen. „Hotel zum Freihafen." | Muthmaßliche Witterung: Wenig verändert. | Sonnabend, 17. Juli.

Politisches.

Aus Anlaß der Entscheidung des Lippe'schen Thronfolgestreits durch den Spruch des Schiedsgerichts, der sich auf die Ebenbürtigkeit der Ehe des Großvaters des Grafen Ernst zu Lippe-Biesterfeld stützt, sind in der Presse der bürgerlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Richtung vielfach Betrachtungen angestellt worden über den Begriff der „Ebenbürtigkeit". Die gedachten Blätter geberden sich dabei, als ob infolge der Aufrollung der Ebenbürtigkeitsfrage aus dem bezeichneten Grunde das ganze Mittelalter mit seinen finstersten Vorurtheilen aus dem Grabe vermoderter Standesprivilegien und engherzigster sozialer Exklusivität wieder heraufsteige und die moderne Sonne der radikalen Erleuchtung und allgemeinen Gleichmacherei in vollständige Dunkelheit hülle. Selbstverständlich wird bei der Erörterung der Sache das ganze ausgiebige Register der für solche Fälle bereit gehaltenen „geistreichen" Witzeleien gezogen, und der „Kastengeist" muß eine wahre Fluth von Spottlauge über sich ergehen lassen, die ihm, wenn er nicht zum Glück eben nur ein Geist wäre, das Fleisch in Fetzen vom Leibe reißen würde. Dabei passiren die seltsamsten Uebertreibungen und Sinnwidrigkeiten in der radikalen Pose. Ganz besonders amüsant ist die Haltung der braven Tante Voß, die unter ihrer großen philiströsen Hornbrille hervor zwei sehnsüchtige Liebesblicke nach Osten und nach Westen schießen läßt auf zwei recht verschiedenartige Persönlichkeiten: auf den russischen Czaren und den korsischen Eroberer. Alle Achtung vor dieser gleichzeitigen Leistung! Der russische Czar wird als Hort der Aufklärung gepriesen, weil er unter seinen Ahnen zwei Damen zählt, in deren Adern „kein Tropfen blaues Blut" geflossen sei. Auf Napoleon I. wird sogar ein förmlicher Dithyrambus angestimmt, weil er den gordischen Ebenbürtigkeitsknoten nach der bei ihm beliebten Manier, die aber doch sonst keineswegs nach dem Geschmacke der radikalen Tyrannenhasser ist, einfach durchhauen habe: „Als das heilige römische Reich deutscher Nation schon in Todeszuckungen lag, hat es noch Patrioten gegeben, die den lebhaften Wunsch hatten, es möge doch auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in einer für Jedermann klar erkennbaren Weise festgestellt werden, was zu einer Ebenbürtigkeit innerhalb des hohen Adels gehöre, aber Napoleon hat mit eiserner Faust dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation ein Ende gemacht, ohne die Erfüllung dieses frommen Wunsches abzuwarten." Schließlich muß auch die „Anna-Liese" noch herhalten für ein Kompliment an das Fürstenhaus von Anhalt, das „von jeher" über die Frage der Ebenbürtigkeit „sehr leicht" oder im radikalen Sinne „sehr verständig" gedacht habe. Die Herren von der Egalité und Fraternité regen sich wirklich ganz unnütz auf. Grund zur Erhitzung bietet die Frage der Ebenbürtigkeit ebenso wenig wie ein kurz vorher passirter Fall, in dem die Thatsache, daß das Reichsgericht in einem Erkenntniß den standesherrlichen Kläger stets als den „Herrn" Kläger, den bürgerlichen Beklagten dagegen nur als solchen mit Weglassung des Prädikats „Herr" bezeichnet hatte, ganz außerordentliche Gemüthswallungen und laute Nothschreie über den drohenden Zusammenbruch des Rechtsstaates auf der radikalen Seite gezeitigt hatte. Es mag ja am Ende bei ruhiger Erwägung der einschlägigen Verhältnisse zugegeben werden, daß die berechtigte moderne Anschauungsweise sich befreiter fühlen würde, wenn die Gerichte den Grundsatz der absoluten Gleichheit Aller vor dem Gesetz streng auch in der Anrede bethätigten und wenn der Grundsatz der Ebenbürtigkeit unter Umständen in seinen äußersten Konsequenzen etwas weniger scharf gehandhabt würde. Deswegen aber eine große Haupt- und Staatsaktion im radikalen Sinne zu eröffnen, dazu liegt auch nicht der mindeste Anlaß vor. Im Gegentheil, die maßlosen Uebertreibungen des Radikalismus fordern gerade zu der Feststellung heraus, daß die Ebenbürtigkeit denn doch auch heute noch ihren sehr berechtigten Kern hat, den zu mißachten und preiszugeben sich Niemand entschließen darf, dem die Erhaltung des **monarchischen Prinzips** ernstlich am Herzen liegt.

Im Gegensatz zu dem englischen und französischen Recht, nach dem alle Bevölkerungsklassen einander ebenbürtig sind, erscheint die Ebenbürtigkeit, d. h. die Standesgleichheit der Geburt nach als ein Rechtsverhältniß rein germanischen Ursprungs. Allerdings war zuerst auch nach altem deutschem Recht jede Ehe eines freien Mannes mit einer freien Frau eine ebenbürtige. Später aber änderte sich dies mit Bezug auf die regierenden souveränen Familien, für die besondere Hausgesetze und Hausverträge die Merkmale der Ebenbürtigkeit festsetzten. Den souveränen Familien wurden diejenigen des hohen (d. h. ehemals reichsunmittelbaren, reichsständischen oder landesherrlichen) Adels in der deutschen Bundesakte aus dem Jahre 1815 in Verbindung mit einigen späteren bestätigenden Gesetzen und Verordnungen gleichgestellt. Demnach existirt das Erforderniß der Ebenbürtigkeit heutzutage überhaupt nur noch für die souveränen Familien und den hohen Adel, dagegen nicht für den niederen Adel. Die Heirath einer jenem privilegirten Kreise angehörigen Person mit einer nicht ebenbürtigen begründet eine Mißheirath (von Mißheirathen des niederen Adels kann also nicht gesprochen werden). Die Kinder aus solchen Ehen sind zwar ehelich, aber ihr Erbrecht ist beschränkt, insofern es nur gegen das Privatvermögen der Eltern gerichtet ist. Dagegen haben sie keinen Erbanspruch in Bezug auf Titel, Rang, Fideikommißbesitz und Thronfolgerecht.

Mag man auch über die Zeitangemessenheit derartiger Bestimmungen im Allgemeinen keiner günstigen Ansicht sein, so wird man sich vom monarchischen Standpunkt aus doch keinesfalls verhehlen dürfen, daß auf der strengen Aufrechterhaltung und praktischen Beobachtung des so beschaffenen Rechtszustands das Prinzip der Legitimität beruht, das wiederum die Grundlage der Monarchie bildet. Deshalb durfte auch der Staatsrechtslehrer Professor Kahl mit vollem Recht bei seiner Vertheidigung der Ansprüche des Grafen Ernst den Satz aufstellen, daß der Glaube an das monarchische Prinzip tief erschüttert werden müßte, wenn sich die Vorstellung festzusetzen begänne, daß stärkere Macht, höhere Titulatur, weiter reichende Verbindungen wirksamer seien als ein wohlerworbenes altes Recht. In der That, da liegt der Schwerpunkt der Sache! Um das Recht handelt es sich hier ganz allein. Die Ebenbürtigkeit als rechtliches Prinzip existirt nun einmal im fürstlichen Privatrecht, folglich muß auch genau und unerbittlich ohne Ansehen der Person und der politischen Macht nach ihren Grundsätzen entschieden werden, wenn ein streitiges Thronfolgerecht geltend gemacht wird. Das Recht der Ebenbürtigkeit ist die Grundlage der Legitimität, und diese wieder das Fundament der Monarchie: auf diesem dreifachen Unterbau ruht im Deutschen Reiche die monarchische Autorität in gefestigter Stärke. Wer das richtig erwägt, könnte fast zu dem Glauben kommen, unsere Radikalen handelten mehr bewußt als unbewußt, indem sie mit so großer Leidenschaftlichkeit gegen die Ebenbürtigkeit zu Felde ziehen. Mit der Ebenbürtigkeit steht und fällt ja auch die Legitimität, und dann wäre von der Erb- zur Wahlmonarchie, dem Ideal des Radikalismus als Vorstufe der Republik, nur noch ein Schritt. Vielleicht liegt also auch dieses Mal ein tiefer Sinn im anscheinend kindlichen Spiele.

Der Verdacht der tendenziösen Mache von Seiten des Radikalismus verstärkt sich angesichts des Umstands, daß der Schiedsspruch selbst in so durchaus würdiger Form gehalten ist, daß er zu Beanstandungen vom modernen Standpunkt aus nicht die geringste Ursache bietet. Es muß sogar sehr wohlthuend berühren, daß ausdrücklich erklärt wird, es sei „für unerheblich" erachtet, ob die Dame (Modeste v. Unruh) von altem Adel in dem Sinne sei, daß eine bestimmte Anzahl Ahnen von väterlicher und mütterlicher Seite nachgewiesen werden. Es ist ferner „dahingestellt gelassen", ob alter Adel der Braut in dem Sinne erforderlich ist, daß sie von väterlicher Seite aus einem Geschlechte stammt, welches seit langer Zeit adelig war. Vielmehr nimmt das Schiedsgericht „aus überzeugenden thatsächlichen Gründen" an, daß Karl Philipp v. Unruh (der Vater der Modeste v. Unruh) ein legitimer Sproß aus dem altadeligen Geschlechte Derer v. Unruh war, eine Feststellung, mit der nach der sonstigen rechtlichen Lage der Beweis der Ebenbürtigkeit in dem vorliegenden Falle als geführt erachtet werden mußte. Das ist doch sicherlich eine Art zu urtheilen, gegen die auch ein hochgeschraubtes modernes Zeitbewußtsein nichts einwenden kann. Von irgendwelcher formaler Ueberspannung des Begriffs der Ebenbürtigkeit ist dabei gar keine Rede. Unsere Radikalen haben aber keine aufrichtige Achtung vor dem Rechte als solchem, sondern nur vor denjenigen einzelnen Gesetzen, die ihnen gerade in den Kram passen. Wie sie es wagen, an die Regierung die unqualifizirbare Zumuthung zu stellen, sie solle das verfassungsmäßig beschlossene und publizirte Börsengesetz um der schönen Augen der Herren Richter, Rickert, Singer und Genossen willen „wieder aufheben", so wollen sie auch solche bestehenden Gesetze, die dem monarchischen Gedanken einen festen Rückhalt geben, kurzer Hand als Makulatur erklärt wissen. Eine solche Anmaßung, die den sonst von jener Seite immer im Munde geführten Rechtsstaat direkt auf den Kopf stellt, muß von Seiten der Ordnungsparteien in jedem gegebenen Falle nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Juli.

* **Paris.** Kammer. Bei der Berathung der Steuervorlage bekämpfte der Ministerpräsident Méline den Gegenentwurf Cavaignac's und stellte die Vertrauensfrage. Der Gegenentwurf Cavaignac's wurde mit 282 gegen 249 Stimmen abgelehnt.

* **London.** Die „Morgenpost" befürchtet infolge der Depesche Sherman's einen englisch-amerikanischen Krieg. Die „Times" droht den Amerikanern kommerzielle Revanche an. Der Marineminister theilte mit, im Oktober finde in Washington über diese Frage eine Konferenz der Vereinigten Staaten, Kanadas und Großbritanniens unter Zuziehung von Experten statt.

* **Tromsö.** Der Dampfer „Svensksund", welcher heute Nachmittag von Spitzbergen zurückgekehrt ist, meldet, daß Andrée Sonntag Nachmittag halb 3 Uhr unter günstigen Verhältnissen aufgestiegen ist. Es wehte gute Brise.

Berlin. Der Kaiser giebt die Fortsetzung der Nordlandreise auf. Die Kaiserin reist morgen von Tegernsee nach Kiel ab, wo am Sonntag der Herzog Karl Theodor von Bayern eintrifft, um das verletzte Auge des Kaisers zu untersuchen. Die Kaiserin fährt von Kiel nach Tegernsee zurück, wo die Prinzen verbleiben. — Medizinalrath Professor Dr. Koch ist am 15. d. M. in Dar-es-Salaam eingetroffen.

Berlin. Zur Verabschiedung des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall schreibt die „Militärisch-Politische Korrespondenz": Neuerdings hat sich ein Streit darüber erhoben, ob Frhr. v. Marschall sein Abschiedsgesuch eingereicht habe oder nicht. Wenn insbesondere gesagt wird in einem Hamburger Blatte, die jüngst aufgetauchte Nachricht, daß Frhr. v. Marschall bereits in der Audienz, die er vor seiner Abreise bei dem Kaiser gehabt habe, um seine Entlassung nachgesucht habe, den Thatsachen nicht entspreche, so können wir dies unsererseits durchaus bestätigen. Frhr. v. Marschall bemerkte allerdings am Schlusse seines Vortrags, daß, wenn er nicht mehr das Allerhöchste Vertrauen besitzen sollte, er gern seine Entlassung einreichen werde. Da aber hierauf keine Aeußerung des Kaisers erfolgte, die Staatssekretär v. Marschall dahin auffassen zu müssen glaubte, daß er das Vertrauen des Monarchen nicht nach wie vor besitze, so reiste er von hier ab in der sicheren Erwartung, nach Beendigung seines dreimonatlichen Urlaubs auf seinen Posten zurückkehren zu können.

Friedrichsruh. Das Befinden des Fürsten Bismarck ist gut. Allgemein fällt sein frisches und gesundes Aussehen auf. Graf Herbert Bismarck wird mit Familie zu längerem Aufenthalt hier erwartet.

Hamburg. Eine Senatsverordnung schränkt die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder mit Zeitung-, Brot- und Milchaustragen derart ein, daß die Verwendung von Kindern künftig in den Morgenstunden so gut wie ausgeschlossen ist.

Barmen. In seiner gestrigen Rede bei dem Festmahl sagte v. Miquel u. A.: Unser deutsches Land sei weder ein reiner Industriestaat, noch ein reiner Agrarstaat. Wenn der Staat gedeihen solle, müsse Industrie, Landwirthschaft und der solide Handel, der beide verbinden solle, da sein. Die bedrohten Berufsstände seien auf einander angewiesen. Die Industrie Deutschlands sei so stark, daß der Export und der Wettbewerb nothwendig wären; aber auch der innere Absatz dürfe nicht vergessen sein. Die Staatsverwaltung dürfe unmöglich nur einseitige Interessen vertreten. Es sei der alte Ruhm der Hohenzollern, ebenso wie über den Parteien, so auch über den Interessen zu stehen. Die Regierung müsse an einer Durchschnittslinie festhalten, alle Kräfte müsse sie vereinigen. Die Bekämpfung der einzelnen Berufsstände untereinander bedeute, es dahin bringen, daß der Dritte lacht. Gegenwärtig litten am meisten die Landwirthe und die Mittelklassen. Die Fürsorge für die einzelnen Berufsklassen dürfe nie so weit gehen, die Lebenskräfte der anderen Klassen zu unterbinden. Unsere Zukunft hänge aber auch von der Landwirthschaft ab. Manche Verstimmung, mancher Mißmuth und mancher Mangel an Vertrauen werde jetzt genährt. Wir Alten aber, welche die traurigen Zustände vor 1870 erlebt haben, wüßten, was die Wiedererrichtung des Reiches gebracht habe. Es sei erst eine kurze Spanne Zeit seit damals verflossen, aber hier hätte man am allerwenigsten Ursache, unzufrieden zu sein. (Bravo.) Der Minister toastete auf Kaiser und Reich, auf Macht und Ehre und Wohlstand und intellektuellen Fortschritt im Reiche.

Magdeburg. Der Kaiser übersandte heute dem Kommandeur des 4. Armeekorps, General v. Hänisch, zu dessen 50jährigem Dienstjubiläum ein herzliches Glückwunschschreiben, in dem er ihm für die in einem so langen Zeitraum im Krieg und Frieden dem König und dem Vaterland geleisteten Dienste warmen Dank und volle Anerkennung ausdrückt. Zugleich übersandte der Kaiser dem Jubilar die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden. Mittags fand auf dem Domplatz große Parade statt.

Stettin. Heute Vormittag trafen aus Berlin mehrere höhere chinesische Staatswürdenträger hier ein, darunter der Botschafter Hang, um der Werft des Vulkan einen Besuch abzustatten, wo sich zur Zeit drei chinesische Kriegsschiffe in Bau befinden. Gleich nach der Ankunft begaben sich dieselben per Dampfer nach der Werft des Vulkan, wo sie die im Bau befindlichen Schiffe besichtigten.

Wittdünen. Der Schnell- und Salondampfer „Stettin" hat heute die fahrplanmäßige Verbindung zwischen Husum und den Nordseebädern auf Amrum wieder aufgenommen.

Wien. Der „Deutschen Wacht" in Dresden ist das Postdebit für Oesterreich entzogen worden.

Wien. Aus vielen Orten Südsteiermarks und Krains, auch aus Kärnten, kommen Erdbebenberichte. Der Mittelpunkt befindet sich wie im Jahre 1895 im Karst und zwar in Laibach selbst.

Wien. Gegenüber einer Londoner Meldung, in Wien oder Berlin solle eine Konferenz zur Stellungnahme der europäischen Staaten zum amerikanischen Zolltarif stattfinden, wird mitgetheilt, daß davon keine Rede gewesen sei. Zwischen einzelnen Mächten habe nur ein Meinungsaustausch über gegen den amerikanischen Zolltarif zu ergreifende Maßregeln stattgefunden, aber ohne Resultat. — Die Abreise des Grafen Goluchowski nach Frankreich ist wegen Erkrankung seiner Familie um einige Tage verschoben worden. In Paris wird Goluchowski eine Begegnung mit Hanotaux haben, welcher in Rücksicht auf die Orientfrage und andere Beziehungen eine größere Bedeutung beigemessen wird. — Aus Athen wird gemeldet, die Bevölkerung sei wiederum gegen die Dynastie gereizt. Der Grund hierzu liege jetzt hauptsächlich in der Unzufriedenheit der Beamten, deren Gehälter auf die Hälfte reduzirt wurden. In eingeweihten Kreisen bezeichnet man das umlaufende Gerücht, der König wolle abdanken, als unwahr. Letzterer sei fest entschlossen, gerade unter den obwaltenden Umständen den Thron nicht aufzugeben.

Paris. Cornelius Herz will Alles sagen, was er weiß, alle Papiere ausliefern, die er besitzt, um sich an den falschen Freunden zu rächen, die mit einstimmten, als Alles über ihn herfiel. Er verlangt aber, daß wenn nicht der ganze Panama-Ausschuß, so doch mindestens dessen Mehrheit, also 17 Mitglieder, zu ihm kommen, damit seinen Aussagen größere Oeffentlichkeit gesichert sei.

Paris. Der hier weilende Bürgermeister von Petersburg wird Vormittag von dem Präsidenten der Republik empfangen. — Während der Reise Faure's durch Savoyen wird eine Abordnung von Offizieren der italienischen Alpenjäger nach Modane kommen, um den Präsidenten Namens des italienischen Kriegsministeriums und der Armee zu begrüßen. — Der russische Marineminister ist in Toulon eingetroffen.

Madrid. In Socuellamos brachen wegen der Verzehrungssteuer Unruhen aus. Die Ruhestörer machten einen Angriff auf das Rathhaus und suchten es in Brand zu stecken. — Aus Havana wird gemeldet, Maximo Gomez erließ eine Proklamation, welche besagt, die Aufständischen würden nicht eher ihre Haltung ändern, als bis Cuba unabhängig sein werde.

London. Der „Standard" läßt sich aus Konstantinopel melden, daß die Pforte am Sonnabend gemäßigtere Vorschläge betreffs der Grenze machen werde. Die Grenze soll alle Pässe bei Elassona und etwa die Hälfte des Bezirks Trikkala, jene Theile des Bezirks Diskata, die seit den letzten zwanzig Jahren streitig gewesen sind und den Bezirk Kutzocheros umfassen.

London. Aus Peking wird von gestern gemeldet, daß dort im Gegensatz zu der Erklärung Hanotaux' im französischen Ministerrath vom 19. Juni behauptet werde, es sei keinerlei Uebereinkommen unterzeichnet worden, welches Frankreich in der Provinz Jünnan Vergünstigungen für den Eisenbahnbau und den Bergwerksbetrieb einräume. Der französische Gesandte habe einen angeblichen Vertrag vorgelegt, der in Paris von dem chinesischen Gesandten und dem Minister des Auswärtigen unterzeichnet sei. Das Tsung-Li-Yamen bestreite die Giltigkeit des Dokuments und habe gedroht, den chinesischen Gesandten von Paris abzuberufen, falls er dasselbe unterzeichnet haben sollte. Das Tsung-Li-Yamen habe versprochen, Frankreichs Mitwirkung in Anspruch nehmen zu wollen, sobald die chinesische Regierung in der Provinz Jünnan Bauten vornehmen lasse.

Warschau. Aus Warschau wird gemeldet: Nach vorgenommener Haussuchung wurden zahlreiche polnische und russische Studenten verhaftet. Man bringt dies in Verbindung mit der in Berlin erfolgten Verhaftung russischer und polnischer Hörer des Charlottenburger Polytechnikums. (Die verhafteten Charlottenburger Studenten sind wieder freigelassen worden).

Friedrich & Glöckner streichfertige Oelfarben, Lacke, Firnisse, Fussboden-Schmelz, Trocken-Farben. [illegible] Str. 15, Schillerstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.